

Pressemeldung vom 12.Mai 2011

Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung

Schlagbaum auf der Magistrale

Siegert: „Grenzkontrollen konterkarieren europäisches Zusammenwachsen“

Fehmarn / Lolland: Die Entscheidung des dänischen Folketings, die Errungenschaften des barrierefreien Reisens in Europa durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu konterkarieren, löst beim Aktionsbündnis im Zusammenhang mit der geplanten festen Fehmarnbeltquerung Verwunderung aus. Dänische und deutsche Spitzenpolitiker sprächen permanent über die europäische Bedeutung des Vorhabens, über die „Magistrale Nordeuropas“ oder eine „Aorta“. Und jetzt kehre Dänemark Jahre nach dem Schengener Abkommen, das die uneingeschränkte Reisefreiheit in den europäischen Mitgliedsstaaten garantiert, zu nationalstaatlichen Verhältnissen zurück. „Die feste Querung soll angeblich die Reisezeiten verkürzen, gleichzeitig produziert das Königreich Dänemark Schlangen bei der Kontrolle an der Grenze. Das ist eine Schande für den europäischen Gedanken. Was will uns unser Nachbar denn noch alles zumuten?“ fragt sich Malte Siegert, Vorsitzender des Aktionsbündnisses. Erst lehne Dänemark den Euro ab, und jetzt fahre man die Schlagbäume runter. Das habe nichts mit regionaler Entwicklung oder dem gebetsmühlenartig gepriesenen Zusammenwachsen von Ländern zu tun. Es erzeuge genau das Gegenteil: Nationalstaatliches Denken, Misstrauen und die Pflege chauvinistischer Egoismen.

Auf dieser Basis dürfe die deutsche Politik kein Projekt forcieren, das auf deutschem Territorium erhebliche nachteilige Auswirkungen habe. Die von Dänemark gebaute Querung reiche schließlich weit auf deutsches Hoheitsgebiet, nicht nur auf See sondern auch auf fehmarnschen Boden. Zudem hätten alle Gutachten nachgewiesen, dass die Vorteile des Vorhabens auf der dänischen Seite lägen, während auf deutscher Seite vornehmlich Arbeitsplatz- und Einkommensverluste zu erwarten seien. „Ich habe nie einen Vorteil in dem teuren und ökologisch fragwürdigen Vorhaben gesehen. Aber Dänemark verspielt binnen einer Woche durch seine Atommüllendlagerpläne für Rødby Hafen oder die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in kürzester Zeit selbst die Sympathien derjenigen auf deutscher Seite, die das Projekt befürworten“, so Siegert verständnislos.

Allianz und Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung hätten schon oft auf den Artikel 22 des Staatsvertrages hingewiesen, der bei wesentlichen Änderungen beim Vorhaben zwischen den Vertragspartnern einvernehmliche Gespräche über dessen Weiterführung vorsehe. Es habe sich seit 2008 mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und den Demokratiebewegungen Nordafrikas nachhaltig derartig viel geändert, dass die Auswirkungen auch bei der festen Querung zu spüren seien. Die deutsche Politik sei jetzt dringend aufgefordert, mit Dänemark in einen kritischen Dialog über Sinn und Zweck des Vorhabens einzutreten. „Landes- und Bundesregierung müssen jetzt angemessen reagieren. Sonst machen sie sich lächerlich.“